



**Daniela Ludwig**  
Mitglied des Deutschen Bundestages


Daniela Ludwig, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin


An die Vertreter der regionalen Medien


Berlin, 17.08.2020

**Daniela Ludwig, MdB**  
Drogenbeauftragte der Bundesregierung

**Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin


 (030) 227 – 707 53


 (030) 227 – 767 53


 [daniela.ludwig@bundestag.de](mailto:daniela.ludwig@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro**

Klepperstraße 19  
83026 Rosenheim

 (08031) 900 310

 (08031) 900 311

 [daniela.ludwig.wk@bundestag.de](mailto:daniela.ludwig.wk@bundestag.de)

[www.daniela-ludwig.de](http://www.daniela-ludwig.de)

## Lange Wartelisten für Drogenberatung in Justizvollzugsanstalten

### MdB Daniela Ludwig bei der Externen Suchtberatung der Diakonie Rosenheim

**Rosenheim/Bernau** – Illegale Drogen und Suchtprobleme sind auch in den Justizvollzugsanstalten der Region ein Dauerthema. Die Zahl der Klienten in der externen Suchtberatung für Häftlinge hat sich seit 2005 verdoppelt. Die Wartezeit auf ein Beratungsgespräch beträgt derzeit drei bis vier Monate. Das berichteten die Verantwortlichen der Diakonie Rosenheim bei einem Gespräch mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung und Rosenheimer CSU-Bundestagsabgeordneten Daniela Ludwig. „Rund zwei Drittel der Inhaftierten hatten schon einmal oder haben aktuell mit illegalen Drogen Kontakt.“, sagte die zuständige Fachkraft Bianka Schorch. „Im vergangenen Jahr führten wir über 2.600 Gespräche mit 662 Klienten.“ Für Daniela Ludwig spielt die externe Suchtberatung für die Insassen von Justizvollzugsanstalten eine wichtige Rolle in der Drogenpolitik. „Wir müssen mit allen Mitteln versuchen, diese Menschen auf ihrem Weg in ein straf- und suchtfreies Leben nach der Entlassung zu unterstützen. Es ist ein harter und steiniger Weg. Das geht nur mit einer fachkundigen Beratung und Hilfe während ihrer Haftzeit.“

Die externe Suchtberatung der Diakonie Rosenheim ist für Thematiken rund um illegale Drogen der Justizvollzugsanstalten Bernau, Bad Reichenhall und Traunstein zuständig, die Alkoholthematik wird vom Sozialdienst der JVA abgedeckt. Die Mitarbeitenden der externen Suchtberatung haben ihren Arbeitsplatz auf dem Gelände der JVA Bernau und besuchen täglich die Gefangenen.



Die Drogenproblematik hat sich auch in JVAen in den letzten Jahren stark verändert. „Die daraus resultierenden psychischen Symptome haben massiv zugenommen und bedürfen ausdifferenzierter Herangehensweisen und Beratungsformen.“, erläuterte der Gesamtleiter der Sozialen Dienste Oberbayern Klaus Voss. „Den klassischen Heroin-Süchtigen gibt es nicht mehr. Aufgrund von nicht klardefinierten Inhaltsstoffen wissen die Häftlinge oft nicht mehr, was sie tatsächlich konsumieren. Die Wirkungen und Folgen davon sind weniger abzusehen als früher – dies kann von Psychosen bis hin zu Depressionen und anderen Symptomatiken führen.“ Bei der Beschaffung von illegalen Substanzen seien die Insassen sehr kreativ und stellen die JVA oft vor große Herausforderungen, „Ein drogenfreier, abstinenter Vollzug innerhalb der JVA kann nicht generiert werden,“ so Schorcht.

Drei weibliche Fachkräfte sind in der externen Suchtberatung in Bernau vor Ort. Sie sind Ansprechpartnerinnen bei Problemen der Häftlinge, beraten und versuchen in Therapien zu vermitteln. „Die Klienten wollen oft ihre Haft verkürzen indem sie eine Therapie antreten. So einfach gestaltet es sich aber nicht, das ist ein schwieriger Weg. Zum einen, weil die gesetzlichen Auslegungsrahmen durch Gerichtsurteile erschwert wurden, zum anderen, weil auch die Kostenträger die Anträge oftmals ablehnen.“

Finanziert wird die Beratung vom Bayrischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. „Die jährlichen Zuschüsse für die Aufrechterhaltung des Angebots reichen nicht aus, um die Personalkosten zu decken, so dass wir jährlich prüfen, ob wir das Angebot weiterhin aufrechterhalten können,“ so Klaus Voss. „Mein dringlicher Wunsch wäre, dass die Förderung zumindest die entstandenen Personal- und Sachkosten für unsere Beratertätigkeit deckt.“ Daniela Ludwig hält das für ein sehr berechtigtes Anliegen. „Drei Fachkräfte für über 1000 Häftlinge – das ist keine üppige Personalausstattung. Die Arbeit ist extrem wichtig und sollte deshalb auch finanziell entsprechend gewürdigt werden.“

**Pressefoto von links: Fachkraft Bianka Schorcht, Bereichsleiter Maximilian Jaroljmek, Geschäftsbereichsleiterin Kaie Tamm, MdB Daniela Ludwig, Gesamtleiter Soziale Dienste Oberbayern Klaus Voss.**